

## **FDP fragt nach den Auswirkungen der Überarbeitung des Kinderbildungsgesetzes für Krefeld**

Die FDP-Fraktion möchte Auskunft der Verwaltung zu den Fragen, wie die Verwaltung das Finanzierungssystem nach dem geänderten Kinderbildungsgesetz bewertet und ob die Pauschalen auskömmlich sind. Welche Auswirkungen das neue Kinderbildungsgesetz auf das Betreuungsangebot in Krefeld hat und ob örtliche Träger ihren Kita-Betrieb als gefährdet ansehen. Ob die Verwaltung eine mögliche Anhebung der Kindpauschale für eine konnexitätsrelevante Aufgabe hält und wie die Verwaltung reagieren wird, wenn das Land die Kosten für eine weitere Anhebung an die Kommunen weitergeben will?

Am 4. Juni ist im Düsseldorfer Landtag mit den Stimmen der rot-grünen Regierungskoalition die Überarbeitung des Kinderbildungsgesetzes beschlossen worden. Im Vorfeld hatte es massive Proteste gegen die Pläne der Landesregierung gegeben. Insbesondere die Erhöhung der Kindpauschale um lediglich 1,5 % wurde als nicht auskömmlich angesehen.

"Mittlerweile kritisiert auch die stellv. Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion, Britta Altenkamp, die Unterfinanzierung der Kitas. Vor allem befürchtet sie, dass in den nächsten Jahren zahlreiche Träger ihren Kita-Betrieb einstellen müssen. Eine weitere Anhebung der Kindpauschale soll nach Auffassung der Landesregierung auf Kosten der Kommunen gehen. Die FDP-Fraktion hätte gerne hierzu eine Stellungnahme der Verwaltung", erklärt Ratsherr Florian Philipp Ott, jugendpolitischer Sprecher der FDP-Fraktion im Jugendhilfeausschuss.